

Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Aufgaben für die Zukunft

Gustav Horn
Hartmut Seifert

Vorfahrt für Arbeit, so heißt ein Wahlkampslogan und er verweist in der Tat auf das vorrangige Ziel der Wirtschaftspolitik in den kommenden Jahren. In keinem anderen Politikbereich werden Ziele so weit verfehlt wie bei der Vollbeschäftigung. Hier die notwendigen Korrekturen vorzunehmen, wird die zentrale Aufgabe der künftigen Bundesregierung sein. So weit mag jeder zustimmen. Die Konflikte beginnen jedoch, wenn es darum geht, Reformziele und -konzepte zu präzisieren. Wie die teilweise paralysierenden Debatten der letzten Jahre belegen, konkurrieren nicht nur unterschiedliche Auffassungen über den „richtigen“ Weg miteinander. Bereits bei Zielen und Prioritätssetzungen weisen die Positionen häufig in unterschiedliche Richtungen. Reicht es aus, Reformpolitik auf die simplifizierende Wahlkampfformel zu reduzieren „alles was Arbeit schafft, ist auch sozial“, oder sind nicht neben ökonomischen Kernfragen gesellschaftspolitische Aspekte ebenso in den Blick zu nehmen? Das vorliegende Schwerpunktthema der WSI-Mitteilungen hat sich für ein breites Spektrum wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Handlungsfelder entschieden, das in allen Bereichen der Anforderung Rechnung trägt, Arbeitsplätze zu schaffen und die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.

Reformpolitik tut sich bei prosperierender Wirtschaft wesentlich leichter als im umgekehrten Fall. Vorrangig geht es deshalb darum, die wirtschaftlichen Wachstumskräfte zu revitalisieren. Jeder zusätzliche Wachstumspunkt und jeder zusätzliche Arbeitsplatz bringt staatliche Mehreinnahmen und senkt die Ausgaben, nimmt also in doppelter Weise Druck von den arg strapazierten öffentlichen Finanz- und Sozialkassen. Der Staat gewinnt dringend benötigten Handlungsspielraum für wachstumsfördernde Zukunftsinvestitionen in Infrastruktur, in Bildung und Weiterbildung. Ohne einen grundlegenden beschäftigungspolitischen Kurswechsel wird aber der Weg zu mehr Wachstum und Beschäftigung nicht frei. Die langjährigen Therapieversuche, den Arbeitsmarkt primär durch Deregulierungen seiner institutionellen Rahmenbedingungen zu beleben, sind gescheitert. Trotz mittlerweile fast flächendeckend eingeführter tariflicher Öffnungsklauseln, weit verbreiteter betrieblicher Bündnisse für Arbeit, Lockerungen beim Kündigungsschutz und bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen sowie den durch die Hartz-Gesetze ausgeweiteten Möglichkeiten flexibler Beschäftigungsformen hat sich der Arbeitsmarkt nicht in die von den Befürwortern jener Reformen prognostizierte Richtung bewegt. Im Gegenteil: Die Lage hat sich verschlimmert. Und jede Fortsetzung dieses Kurses wird die Beschäftigungsmisere verschlechtern. Beschäftigungspolitisch ein Schuss nach hinten ist auch die geforderte allgemeine Verlängerung der Arbeitszeit, wie der Beitrag von Hartmut Seifert zeigt. Erfolg verspricht vielmehr ein wirtschaftspolitisches Umsteuern in Richtung einer expansiven Lohn-, Geld- und Finanzpolitik, wie Eckhard Hein, Gustav Horn, Silke Tober und Achim Truger argumentieren. Hierzu, so der Beitrag von Reinhard Bispinck und Thorsten Schulten gehört auch eine Lohnpolitik, die den Verteilungsspielraum aus schöpft und hilft, die lahmende Binnennachfrage zu überwinden.

Eine expansive Wirtschaftspolitik bleibt ein riskanter Ansatz, wenn nicht auch die Notwendigkeit, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, mit bedacht wird. Gustav Horn und Achim Truger schlagen in ihrem Beitrag einen nationalen Stabilitätspakt für alle Gebietskörperschaften vor. Danach soll die Konsolidierung zukünftig auf der Basis vorbestimmter Ausgabenpfade erfolgen, die allein die konjunkturabhängigen Ausgaben umfassen. Hierzu passen fiskal- und verteilungspolitische Reformen, die auf dem Konzept der Solidarischen Einfachsteuer basieren, wie Achim Truger und Claus Schäfer entwickeln. Es sieht auch die Steuerfinanzierung versicherungsfreier Leistungen in der Sozialversicherung vor. Daran knüpfen Simone Leiber und Rudolf Zwiener in ihrem Beitrag zur Reform der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme an.

Wenn hier einer expansiven Wirtschaftspolitik die vorrangige Rolle bei der Bekämpfung der Beschäftigungsprobleme zugesprochen wird, heißt dies nicht, dass damit die übrigen Politikbereiche vom Reformdruck befreit seien. Ein flexibler Arbeitsmarkt ist hierfür eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung. Einer Arbeitsmarktpolitik, die Matching-Probleme vermeidet und Reintegrationen fördert, kommt, wie der Beitrag von Silke Bothfeld zeigt, eine wichtige flankierende Funktion zu. Zu den flankierenden Reformschritten gehört auch ein vor allem für kleinere und mittlere Unternehmen leichter handhabbares Arbeits- und Sozialrecht, wie der Beitrag von Heide Pfarr verdeutlicht. Ein Beschäftigungshindernis ersten Ranges sind mangelhafte Betreuungsmöglichkeiten für Kinder. Auf Wege zu dessen Beseitigung, die auch den Interessen der Frauen gerecht werden, verweist der Beitrag von Christiane Lindecke.

Eine nachhaltige Wachstumspolitik hat nicht nur die makroökonomischen Weichen auf einen expansiven Kurs zu stellen. Zu beseitigen ist auch die Innovationsschwäche. Der Beitrag von Astrid Ziegler schlägt vor, die Netzwerkförderung zu stärken und die gesamte Innovationskette in die Förderung einzubeziehen. In die gleiche Richtung wirkt die Mitbestimmung. Ein Abbau der Mitbestimmungsrechte würde, wie Lothar Kamp und Nikolaus Simon zeigen, nicht nur die ohnehin asymmetrischen Machtverhältnisse weiter zu ungünsten der Beschäftigten verschieben. Auch mit ökonomischen Effizienzverlusten wäre zu rechnen.

Das Bündel der in diesem Heft vorgeschlagenen Maßnahmen ist bunt. Aber die mittlerweile wirtschaftlich und sozial verfestigte Arbeitslosigkeit erfordert einen polytherapeutischen Ansatz. Den einen Weg, der das Heil verspricht, den gibt es eben nicht. In diesem Sinne gilt das Motto Vorfahrt für Arbeit auf allen Straßen.

PD Dr. Gustav Horn, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung
e-mail: Gustav-Horn@boeckler.de
Dr. Hartmut Seifert, Leiter der Abteilung WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: Hartmut-Seifert@boeckler.de